

[Der Newsletter als PDF](#)

[Die Applikation EUScope](#)



Die Stiftung für



Leitartikel zum 500. Newsletter

Für die 500. Ausgabe des Newsletters der Stiftung wurde das Format geändert, um Ihnen noch mehr Service zu bieten.

Seit 11 Jahren präsentiert unser Newsletter, der mit 200 000 Abonnenten und der Veröffentlichung in fünf Sprachen einzigartig ist, in komprimierter Form das Wichtigste aus der europäischen Politik und ist damit heute wichtiger denn je..... [Fortsetzung](#)



Wir freuen uns, Ihnen heute die

500.

Ausgabe des Newsletters
präsentieren zu können

"Entweder fahren die Europäer fort, sich von Entwicklungen treiben zu lassen, die andere zu ihrem eigenen Vorteil entschieden haben oder sie entscheiden sich und wagen es gemeinsam, die Entwicklung des Weltgeschehens voranzubringen."



Autor : Nicole Gnesotto

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht diese Woche ein Gespräch zu Europa mit Nicole Gnesotto, Professorin am "Conservatoire Nationale des Arts et Métiers" (CNAM) und Autorin eines Buches mit dem Titel "Hat Europa eine strategische Zukunft?" ("L'Europe a-t-elle un avenir stratégique") (Paris, Armand Collin 2011). Sie analysiert die neue geopolitische Lage Europas in der Welt. Für sie steht fest, dass "entweder die Europäer weiterhin die Getriebenen von Entwicklungen sind, die andere zu ihrem eigenen Vorteil entschieden haben, oder sie entscheiden sich und wagen es gemeinsam, die Entwicklung des Weltgeschehens voranzubringen."

[Fortsetzung](#)

Neuigkeiten : Bürgerinneninitiative/Stimme der Frauen **Wahlen** : Dänemark - Lettland - Polen **Finanzkrise** : EZB - Griechenland - Portugal - Finanztransaktionssteuer - Nordafrika - OSZE/Vorhersagen - G7/Finanzpolitik **Rat der Europäischen Union** : Lehren aus der Krise - Serbien **Kommission** : Energie - Sicherheit im Straßenverkehr **Rat** : Eurovignette **Diplomatie** : Kampf gegen Terrorismus - Kosovo **Rechtsprechung** : Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) - Lärmbelästigung **Europäische Zentralbank** : Rücktritt **Deutschland** : Rechtsprechung/Griechenlandhilfe **Spanien** : Verbotenes Defizit **Frankreich** : Abstimmung/Griechenland/Sparplan **Italien** : Ausgeglichener Haushalt **Lettland** : Auszeichnung **Großbritannien** : Rußland **Montenegro** : Wahlgesetz **Rußland** : Gaspipeline/Nord Stream - Sicherheit/Frankreich **Schweiz** : Abschied **OSZE** : Republik Moldau **Eurostat** : Wachstum - Außenhandel **Berichte / Studien** : Haushaltspolitik/Finanzen - Wirtschaftsregierung - Sozialpolitik - G20 **Kultur** : Tag des offenen Denkmals - Ausstellung/Paris - Ausstellung/Basel - Biennale/Lyon

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Bürgerinneninitiative/Stimme der Frauen



Zita Gurmai (S&D, HU) war Co-Berichterstatteerin der Resolution, die zur europäischen Bürgerinneninitiative führte. Sie wird bei der Konferenz "Frauen Europas & Bürgerinneninitiative" anwesend sein, die die Robert Schuman Stiftung gemeinsam mit der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission, dem Institut Karamanlis für Demokratie und der polnischen Robert Schuman Stiftung am 21. September im Europaparlament veranstaltet. Diese Konferenz möchte die Idee der Bürgerinneninitiative nutzen, um die Gleichheit und Gleichstellung in Europa voranzubringen. Die Frauen haben das Wort. Melden Sie sich jetzt online an, die Teilnehmerzahl ist begrenzt... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Dänemark



Wirtschaftliche Fragen und vor allem die Wiederbelebung des Wachstums, die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und die Beibehaltung des Wohlfahrtsstaates sind die Schwerpunkte des Wahlkampfes im Vorfeld der dänischen Parlamentswahlen. Diese werden am 15. September stattfinden. Die aktuelle Wirtschaftskrise hat das Thema Einwanderung, das bei den zurückliegenden Wahlen in den Jahren 2001, 2005 und 2007 das bestimmende Thema war, verdrängt. Damals florierte die dänische Wirtschaft. Nach den Meinungsumfragen dürfte die sogenannte rote Koalition, die aus den Oppositionsparteien besteht (Sozialdemokratische Partei, sozialpopuläre Partei (SF), sozialliberale Partei (RV) und Einheitsliste (E)), am 15. September gewinnen. Das Institut Ramboell schätzt sie laut Umfrage, die in der Tageszeitung Jyllands-Posten veröffentlicht wurde, auf 53,8% der Stimmen (95 Abgeordnetensitze) gegen 46% für die sogenannte blaue Koalition (80 Abgeordnetensitze), die die liberale Partei, die konservative Partei und die Partei des Dänischen Volkes vereint... [Fortsetzung](#)

Lettland



In Lettland treten bei den kommenden Parlamentswahlen am 17. September 13 Parteien gegeneinander an. Während das Land innerhalb eines Zeitraums von weniger als einem Jahr bereits zum 2. Mal ein neues Parlament wählt, befindet sich die politische Szene Lettlands in einer Phase der Umwandlung. Die Parteien befinden sich in einer Konsolidierungsphase, neue Parteiführer sind auf der politischen Szene erschienen und vor allem ist die ethnische Zugehörigkeit immer weniger entscheidend für die Stimmenabgabe; die Wähler entscheiden immer häufiger nach dem wirtschaftlichen

Programm der Parteien. Nach den letzten Meinungsumfragen werden nur 5 Parteien die 5%-Hürde für den Einzug ins Parlament (Saeima) erreichen. Das 'Zentrum der Harmonie' liegt führend, gefolgt von der Reformpartei Zatlars, der Einheitspartei, der Nationalen Allianz und der Union der Grünen und der Bauern... [Fortsetzung](#)

Polen



Mehr als 30 Millionen wahlberechtigte Polen sind aufgerufen, am 9. Oktober ein neues Parlament zu wählen, bestehend aus 460 Abgeordnetensitzen (Sejm) und 100 Senatssitzen, die für 4 Jahre nach proportionellem Wahlrecht gewählt werden. Momentan sind vier Parteien im Parlament vertreten: Die bürgerliche Plattform des Premierministers Donald Tusk (209 Sitze), Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jaroslaw Kacynski (166 Sitze), Links und Demokratisch (LiD) mit 53 Sitzen und die Populäre Partei (PSL), Mitglied der Regierungskoalition mit 31 Sitzen. Nur 2 Parteien, die PO und die PiS, sind im Senat vertreten (60 und 39 Sitze). Am 9. Oktober stellen sich 7 Parteien zur Wahl: die Bürgerliche Plattform, Recht und Gerechtigkeit, die Allianz der demokratischen Linken, die Populäre Partei, Polen zuerst (PJN), die Bewegung Palikot (RPP), die Arbeiterpartei (PPP). Die Bürgerliche Plattform scheint derzeit vorne zu liegen... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

EZB



Die Europäische Zentralbank hat am 8. September angekündigt, ihren Leitzins in Höhe von 1,5% beizubehalten; sie korrigierte ihre Prognose für das Wachstum in der Eurozone im Jahr 2012 von 1,7% auf 1,3%. Der Präsident der EZB Jean-Claude Trichet hat auf einer Pressekonferenz die Bilanz der Eingriffe der EZB während der Krise dargelegt und verteidigt: "In der schlimmsten Krise seit dem 2. Weltkrieg haben wir das Vertrauen in die Währung erhalten können und wir konnten die Preisstabilität gewährleisten". Er erinnerte daran, dass die EZB seit August erneut Staatsanleihen ankauft, um die schwächsten Länder der Eurozone zu entlasten und in Erwartung der Übernahme durch den europäischen Rettungsschirm, genauer durch die europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)... [Fortsetzung](#)

Griechenland



Am 14. September wird eine "Dringlichkeitssitzung" des IWF zum Thema Griechenland stattfinden; das griechische Statistikamt veröffentlichte neue Zahlen zum BIP in Griechenland. Innerhalb eines Jahres sank das griechische BIP um 7,3% im zweiten Trimester, nach -8,1% im ersten Trimester 2011. Am 11. September kündigte der griechische Finanzminister Evángelos Vénizélos neue Sparmaßnahmen für 2011 in Höhe von ungefähr "2 Milliarden Euro" an, um die öffentlichen Haushalte auszugleichen, wie dies von der EU und dem IWF gefordert wird, um weitere Unterstützung zu erhalten. "Einzige Lösung ist eine Sondersteuer auf Immobilien", kündigte der Minister im Fernsehen an. Er stufte diese "neue nationale Anstrengung" als unvermeidbar ein, angesichts einer vernichtenden Stimmung gegen Griechenland im Ausland, wo die Gerüchte sich verstärkt haben, dass Griechenland zahlungsunfähig werden wird, beziehungsweise vermutet wird, dass es den Euro nicht behalten wird... [Fortsetzung](#)

Portugal



Das portugiesische Institut für Statistik hat am 8. September einen Bericht veröffentlicht über die Situation Portugals im 2. Trimester 2011: Das BIP Portugals hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,9% verringert, es ist jedoch gleich geblieben verglichen mit dem ersten Trimester 2011; die Binnennachfrage hat sich verringert, hingegen ist der Außenhandel angestiegen... [Fortsetzung](#)

Finanztransaktionssteuer

Der französische Finanzminister François Baroin und sein deutscher Amtskollege Wolfgang Schäuble haben entsprechend dem von Nicolas



Sarkozy und Angela Merkel auf ihrem Treffen am 16. August in Paris geäußerten Willen am 9. September dem europäischen Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, und seinem Kollegen Algirdas Semeta, Kommissar für Finanzen, einen Entwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Ihrer Meinung nach muss Europa bei der Einführung dieser Steuer vorgehen, da es international hierzu keinen Konsens gibt. Ein Vorgehen Europas in dieser Frage ist ihres Erachtens ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem weltweiten Konsens... [Fortsetzung](#)

Nordafrika



Im Rahmen des G8-Gipfels in Deauville wurde im Mai 2011 beschlossen, mit Ägypten und Tunesien eine Partnerschaft einzugehen, um die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas in ihrem historischen Wandel zu begleiten. Am 10. September haben die internationalen Finanzinstitutionen in einer gemeinsamen Erklärung die Basis dieser Partnerschaft dargelegt: Sie besteht aus einem politischen Prozess zur Unterstützung der Länder auf dem Weg zur Demokratie und aus einer ökonomischen Säule mit dem Ziel der Transparenz, des nachhaltigen Wachstums und einer verantwortlichen Regierung. Die Geberländer und die internationalen Finanzinstitutionen leisten finanzielle Unterstützung und helfen der Region, ihre Ziele zu erreichen; weitere Länder sind der Partnerschaft beigetreten... [Fortsetzung](#)

OSZE/Vorhersagen



Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat am 8. September ihren Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung der G7-Staaten veröffentlicht. Sie sieht eine Abschwächung des Wachstums bis Ende des Jahres voraus. Die OSZE sagt eine Wachstumsabschwächung von 1,1% auf 0,4% im 3. und 4. Trimester für die USA voraus und von 0,9% auf 0,4% für Frankreich; für Deutschland sagt sie für das 3. Trimester ein Wachstum von +2,6% voraus, aber einen Rückgang von -1,4% im 4. Trimester, während Italien ebenso wie Deutschland mindestens in einem Trimester mit einem Rückgang seines BIP zu rechnen hat. Japan befindet sich sechs Monate nach dem Erdbeben, dem Tsunami und der Atomkatastrophe in der Aufbauphase... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

G7/Finanzpolitik



Am 9. September sind die Finanzminister und Zentralbankchefs der sieben hochindustrialisierten Länder der Welt in Marseille zusammengekommen (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien). Sie erinnerten daran, dass weiterhin alle Maßnahmen ergriffen würden, um "die Preisstabilität zu erhalten, das Vertrauen zurückzugewinnen und das Wachstum zu fördern", Ziele, die gleichermaßen durch gemeinsame Anstrengungen im internationalen Rahmen erreicht werden sollen, wie auch das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung einer starken und stabilen internationalen Währungspolitik... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Lehren aus der Krise



Am 7. September wies der Präsident des Rates der Europäischen Union Herman Van Rompuy in einer Rede an der London School of Economics auf die Ausmaße der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise hin. Er betonte die Notwendigkeit der Solidarität zwischen den nationalen Regierungen, trotz aller Schwierigkeiten. Ferner appellierte er an die Staaten, sich von nun an verantwortlicher zu verhalten und unnötige Schulden zu vermeiden... [Fortsetzung](#)

Serbien

Am 9. September hat der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy am ersten serbisch-europäischen Forum in Belgrad



Beziehungen
Europäische
Fortsetzung

teilgenommen. Er unterstrich die Pluspunkte der europäischen Einigung, vor allem in Bezug auf den Frieden, der nunmehr auf dem gesamten europäischen Kontinent herrscht. Er beglückwünschte die serbischen Entscheidungsträger zu ihrem Willen, ihre internationalen Beziehungen zu normalisieren und bestärkte sie darin, ihre Annäherung an die Europäische Union fortzusetzen, deren Attraktivität trotz der Krise fortbesteht...

Kommission :

Energie



Am 7. September hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zum Thema "Energieversorgungssicherheit und internationale Kooperation" herausgegeben, die eine Strategie der Außenbeziehungen der Union in Energiefragen präsentiert, die vom Rat der Europäischen Union gefordert wurde. Es werden 43 konkrete Vorschläge präsentiert, zum Beispiel die Aushandlung von Energieabkommen mit Drittstaaten durch die Kommission, falls es sich um Abkommen handelt, die dazu beitragen, Ziele der Union zu erreichen, wie im Falle der Gasleitung durch die Ostsee... [Fortsetzung](#)

Sicherheit im Straßenverkehr



Am 8. September hat die Europäische Kommission dem Verfahren zur Einführung des Systems eCall bis zum Jahr 2015 zugestimmt, das in allen Neuwagen installiert werden soll. Das System eCall benachrichtigt bei einem Unfall sofort die Notrufzentrale, auch wenn der Fahrer selbst nicht mehr handeln kann. Die Kommission hat eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten verabschiedet, die die Länder dazu aufruft, sicherzustellen, dass die Netzanbieter der Mobiltelefone ihre Infrastruktur dahingehend anpassen, dass die eCall-Anrufe umgehend an die Notrufzentralen durchgestellt werden. Die freiwillige Selbstverpflichtung von 2005 hat nicht ausgereicht, so dass die Kommission auf eine verbindliche Regelung hinwirkte; sie wird demnächst eine Regelung zu eCalls vorlegen. Die Abgeordneten des Transportausschusses begrüßten das Projekt... [Fortsetzung](#)

Rat :

Eurovignette



Am 12. September haben die zuständigen Minister die Richtlinie "Eurovignette" verabschiedet, die für schwere Fahrzeuge gelten und zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch den Warenverkehr beitragen soll, ebenso wie zur flüssigeren Verkehrsführung. Mit der Vignette werden unterschiedliche Tarife eingeführt, wobei der jeweilige Betrag sich nach den Emissionen des Fahrzeugs richtet, nach der gefahrenen Strecke und nach Ort und Zeit der Straßennutzung. Diese neue europäische Richtlinie soll dazu beitragen, dass umweltfreundlichere Verkehrswege und Transportmöglichkeiten gewählt werden. Sie muss in einem Zeitraum von 2 Jahren in die nationales Recht umgesetzt werden und erlaubt für manche Fahrzeugkategorien eine Befreiung, wobei diese Befreiung durch die Mitgliedstaaten so ausgestaltet werden soll, dass bestimmte Verkehrsprojekte gefördert werden und insgesamt eine Verbesserung des transeuropäischen Verkehrsnetzes erreicht wird... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Kampf gegen Terrorismus



Zehn Jahre nach dem Attentat vom 11. September hat der Anti-Terror-Koordinator der Europäischen Union, Gilles de Kerchove, auf einer Pressekonferenz am 5. September Bilanz gezogen hinsichtlich des zehnjährigen Kampfes gegen den Terrorismus. Er erinnerte daran, dass der Terrorismus in Europa verschiedene Ursachen hat: politische, religiöse, anarchistische oder separatistische. Wenn Al Kaida auch überwiegend geschwächt ist, so sind doch ihre Ableger im islamischen Maghreb (AQMI) und auf der arabischen Halbinsel (AQPA) auf dem Vormarsch. Eine weitere Bedrohung stellen die europäischen Bürger dar, die sich dem Djihaad verschrieben haben und den

Sicherheitsbehörden gar nicht oder fast nicht bekannt sind. Die Europäische Union hat in den letzten Jahren jedoch wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen: der europäische Haftbefehl, die Institutionen (Europol, Eurojust, Frontex), der Austausch von Informationen. Gilles de Kerchove betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit sämtlichen Drittstaaten, mit den USA und mit Pakistan... [Fortsetzung](#)

Kosovo



Am 6. und 7. September traf die Präsidentin des Kosovo, Atifete Jahjaga, den Präsidenten des Rates der Europäischen Union, Herman Van Rompuy, die Hohe Vertreterin der EU Catherine Ashton, den Präsidenten des Europaparlaments Jerzy Buzek und die europäischen Abgeordneten des Ausschusses "Internationale Angelegenheiten" in Brüssel. Sie setzte sich für die territoriale Integrität des Kosovo ein und unterstrich den Willen des Kosovo, Mitglied der Europäischen Union zu werden und bat darum, dass die fehlende Anerkennung des Kosovo durch fünf Mitgliedstaaten der EU der Perspektive einer Visumserleichterung nicht entgegenstehen sollte. Ihre Gesprächspartner unterstützten die "europäische Perspektive" des Kosovo, wo die Reformen in die richtige Richtung gehen würden und sie sprachen ihre Glückwünsche aus für die nah zurückliegende Einigung mit Serbien. Van Rompuy und J.Buzek unterstützten ebenso die Idee eines Dialogs bezüglich der Visumpolitik... [Fortsetzung](#)

Rechtsprechung :

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO)



Am 8. September hat das Europäische Gericht ein Urteil gesprochen bezüglich gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Lebensmitteln. In einem weiteren Urteil vom 8. September äußerte sich das Gericht zu den Voraussetzungen eines Verbots von GMO per Eilentscheidung. Das Gericht zielt hierbei auf das Moratorium, das in Frankreich eingerichtet wurde... [Fortsetzung](#)

Lärmbelästigung



In einer Entscheidung vom 8. September hat das Europäische Gericht den Mitgliedstaaten erlaubt, die Lärmobergrenze für Flugzeuglärm in Wohngebieten herabzusetzen. Der Zugang zu Flughäfen darf unter diesem Vorwand jedoch nicht eingeschränkt werden: Ein Flugverbot darf nur als letztes Mittel gewählt werden, wenn es die einzige Lösung zur Lärminderung darstellt... [Fortsetzung](#)

Europäische Zentralbank :

Rücktritt



Jürgen Stark, deutsches Mitglied des Direktoriums und des Rats der Europäischen Zentralbank (EZB), erklärte am 9. September seinen Rücktritt, offiziell aus persönlichen Gründen. Sein Widerstand gegen den Ankauf von Staatsanleihen überschuldeter Länder der Eurozone durch die EZB scheint jedoch ein entscheidender Faktor für die Rücktrittsentscheidung zu sein. Die deutsche Regierung kündigte am 10. September an, dass Jörg Asmussen Jürgen Stark als Chefvorsitzender der EZB ersetzen wird... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Rechtsprechung/Griechenlandhilfe



Am 7. September hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Staatshilfen als Mittel im Kampf gegen die Krise in der Eurozone prinzipiell zugestimmt. Die Richter forderten allerdings, dass die Regierung das Parlament stärker beteiligt. Die Hüter des deutschen Grundgesetzes entschieden, dass die Kanzlerin nicht grundgesetzwidrig handelte, als sie Milliarden Euro an Gewährleistungen für in Schwierigkeiten geratene Länder der Eurozone bereit stellte. Allerdings muss nach dem Urteil der Richter der Bundestag (genauer der Haushaltsausschuss) grünes Licht geben, bevor neue Gewährleistungen für Länder in finanziellen Schwierigkeiten

bereitgestellt werden können... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Verbotenes Defizit



Der spanische Senat hat am 7. September dem Gesetzestext zur sogenannten "goldenen Regel" für einen ausgeglichenen Haushalt mit 233 gegen 3 Stimmen zugestimmt. Spanien ist somit das 2. Land nach Deutschland, das in seine Verfassung eine solche Regelung aufnimmt, in der Hoffnung, hierdurch für die aus den Fugen geratenen Märkte zu einem Modellstaat des Sparens zu werden. Die Reform wird innerhalb von 15 Tagen in die Verfassung aufgenommen werden. Die Verabschiedung wurde von Protestkundgebungen begleitet... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Abstimmung/Griechenland/Sparplan



Am 8. September hat der französische Senat dem Gesetzesvorhaben zur Berichtigung des Haushalts für 2011 zugestimmt, das die neuen Hilfen für Griechenland und den Sparplan umfasst. Dieses Gesetzesvorhaben war einen Tag zuvor von der Assemblée Nationale verabschiedet worden. Wie die französische Haushaltsministerin und Sprecherin der Regierung, Valérie Pécresse, präzisierte, handelt es sich um "eine Haushaltsaufstellung mit zwei Säulen: einerseits ein Rettungsplan für Griechenland und eine Stärkung der Eurozone und andererseits ein Plan zur Verringerung des Haushaltsdefizits". Frankreich ist somit das erste europäische Land, das den Rettungsplan zugunsten Griechenlands anerkannt hat, ein Plan, der Hilfen in Höhe von 159 Milliarden Euro vorsieht... [Fortsetzung](#)

Italien :

Ausgeglichener Haushalt



Am 7. September stimmte der italienische Senat dem Sparplan der Regierung zu, der eine Einsparsumme in Höhe von 54,2 Milliarden Euro ab jetzt bis 2013 vorsieht. Am Tag darauf stimmte die Regierung Silvio Berlusconis im Ministerrat einem Gesetzesvorhaben zur Verfassungsänderung zu, das die Festschreibung einer Schuldenobergrenze in die Verfassung zum Ziel hat (sogenannte "goldene Regel"). Diesem Vorhaben müssen noch die Abgeordneten in einer Abstimmung am 12. September zustimmen... [Fortsetzung](#)

Lettland :

Auszeichnung



Die ehemalige Präsidentin Lettlands Vaira Vīķe-Freiberga hat am 8. September den Truman-Reagan-Orden der Freiheit erhalten, den die Stiftung zum Gedenken der Opfer des Kommunismus verleiht. Ein weiterer Orden ging an Ileana Ros-Lethinen, die Mitglied des amerikanischen Kongresses ist... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Rußland



Am 11. und 12. September war der britische Premierminister David Cameron zu Besuch in Moskau (Rußland). Hierbei handelt es sich um den ersten Besuch eines britischen Staatschefs seit der Ermordung des russischen Ex-Agenten Alexander Litvinenko im Jahr 2006 in London, die die bilateralen Beziehungen in Turbulenzen stürzte. David Cameron ist bemüht, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern und hat sich bei einer Rede am 12. September an der Universität Moskaus positiv zu einem Beitritt Rußlands zur WHO geäußert... [Fortsetzung](#)

Montenegro :

Wahlgesetz



Am 8. September hat das Parlament von Montenegro ein Wahlgesetz verabschiedet und damit eine der Hauptforderungen Brüssels erfüllt, um ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen zur EU festzulegen. Dieses Gesetz wurde einstimmig von den 71 anwesenden Abgeordneten beschlossen, bei insgesamt 81 Sitzen. Montenegro hat letzten Dezember den Status eines Beitrittskandidaten zur EU erhalten... [Fortsetzung](#)

Rußland :

Gaspipeline/Nord Stream



Der russische Premierminister, Vladimir Putin, hat am 6. September die Erdgasleitung der Firma Nord Stream eingeweiht, ein strategisches Projekt, das Europa über die Ostsee mit Erdgas versorgen soll. Putin wurde bei seinem Besuch in Portowaja in der Nähe des russischen Ostseehafens Wyborg von Ex-Kanzler Gerhard Schröder begleitet, der Vorsitzender des Konsortiums Nord Stream ist. Die Erdgasleitung wird es ermöglichen, die Nachbarländer Rußlands zu umgehen, durch die die Hauptmenge an Gas nach Europa fließt; dies ist ein Hauptanliegen Moskaus, das sich zum wiederholten Mal mit der Ukraine im Streit über Gastarife befindet... [Fortsetzung](#)

Sicherheit/Frankreich



Der französisch-russische Sicherheitsrat hat sich zu seiner 10. Sitzung am 7. September in Moskau eingefunden. Der Präsident Dmitri Medvedev hat zu diesem Anlass im Kreml den französischen Außenminister Alain Juppé und den französischen Verteidigungsminister Gérard Longuet empfangen, wie auch ihre russischen Amtskollegen Sergueï Lavrov und Anatoli Serdioukov. Die Minister erörterten die großen Fragen der europäischen und internationalen Sicherheit, vor allem die Kooperation zwischen NATO und Rußland zum Raketenabwehrprogramm, Fragen der Aufrüstung, regionale Konflikte und die Lage in Afghanistan... [Fortsetzung](#)

Schweiz :

Abschied



Am 7. September hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz mitgeteilt, dass sie das Bundesratskollegium Ende des Jahres verlassen wird. Sie hat den Bundesrat darüber informiert, dass sie bei der Gesamterneuerungswahl der Regierung am kommenden 14. Dezember nicht mehr antreten wird... [Fortsetzung](#)

OSZE :

Republik Moldau



Der litauische Außenminister, Audrius Ažubalis, amtierender Vertreter der OSZE, war am 8. und 9. September Vorsitzender eines bilateralen Treffens zwischen dem Premierminister der Republik Moldau Vlad Filat und dem Führer Transnistriens Igor Smirnov in Bad Reichenhall in Deutschland. Ažubalis' Einschätzungen zufolge wird "das Treffen dazu beitragen, einen Schritt in Richtung der Wiederaufnahme der offiziellen Gespräche im Format 5+2 zu gehen". Der Chef der OSZE in Moldawien, Philip Remler, sagte, dass "die Differenzen entpolitisiert und ausgeräumt werden müssen, indem das Augenmerk auf die Bevölkerung gelegt wird". Das Format "5+2" besteht aus einem Verhandlungsmodus, an dem die OSZE, Rußland, die Ukraine, die USA und die EU beteiligt sind... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Wachstum

Nach den letzten Schätzungen von Eurostat, die am 6. September veröffentlicht wurden, ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone



und der Europäischen Union im 2. Trimester 2011 um 0,2% angestiegen. Zum Vergleich: das BIP der USA ist ebenso um 0,2% angestiegen, das BIP von Japan ist um 0,3% gesunken... [Fortsetzung](#)

Außenhandel



Nach ersten Schätzungen von Eurostat, die am 9. September veröffentlicht wurden, beträgt das Leistungsbilanzdefizit (Waren und Dienstleistungen) der Europäischen Union im 2. Semester 2011 43,2 Milliarden Euro. Das Defizit im Warenverkehr mit Drittländern beträgt 37,4 Milliarden Euro. Im Dienstleistungsverkehr mit Drittländern verbuchte die EU einen Überschuss in Höhe von 22,9 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Haushaltspolitik/Finanzen



Die Europäische Kommission hat am 12. September einen Bericht zur Haushaltslage veröffentlicht. Die Verschuldung innerhalb der Eurozone dürfte im Jahr 2012 bei 88,7% des BIP liegen. Die Wirtschaftskrise hat in sämtlichen Mitgliedstaaten zu einer drastischen Verschlechterung der Haushaltslage geführt, so dass die Beantwortung der Frage, wie mit der Verschuldungssituation umzugehen ist, eines der Hauptanliegen der EU ist. Gleichzeitig wird die Haushaltsplanung der EU einer umfassenden Reform unterzogen. Der aktuelle Haushaltsbericht 2011 der EU schildert die zurückliegenden Veränderungen im Bereich der öffentlichen Haushalte, er analysiert die neuesten Schritte im Umgang mit der Verschuldung und er beschreibt die Veränderungen, die sich zukünftig für die Haushaltsplanung der EU ergeben werden. Die Reformen, die aus den während der Wirtschaftskrise gemachten Erfahrungen resultieren, stellen die Vorhersehbarkeit und Verringerung der Verschuldung in den Mittelpunkt der Haushaltsplanungen der EU... [Fortsetzung](#)

Wirtschaftsregierung



Jean-François Jamet, Werner Mussler und Stefaan De Corte haben für das Zentrum für Europastudien einen Artikel veröffentlicht zum Thema Wirtschaftsregierung in der Europäischen Union; Schwerpunkt sind die deutschen und französischen Ansichten zu dem Thema... [Fortsetzung](#)

Sozialpolitik



Die Bertelsmannstiftung hat einen Bericht von Thomas Fischer und Sarah Hoffmann veröffentlicht zum Thema "European Economic Governance. And what is about the Social Dimension?" ("Europäische Wirtschaftsregierung. Und wo bleibt die soziale Dimension?") Die Autoren analysieren die Mechanismen, die zur Verbesserung der Wirtschaftsregierung auf europäischen Niveau eingerichtet wurden und stellen fest, dass die soziale Dimension vernachlässigt wurde. Angesichts der Gefahr einer sozialen Krise schlagen sie einen "Sozialplan" vor, der die "Euro-Plus-Vereinbarung" vervollständigen soll und es ermöglichen soll, leichter Geld aus Strukturfonds an Länder in Schwierigkeiten zu geben... [Fortsetzung](#)

G20



Das französische Komitee zu Wirtschafts-, Sozial- und Umweltfragen hat einen Bericht zum G20-Gipfel veröffentlicht. Darin wird die Legitimität und Effizienz der G20 betont, um aktuelle Probleme anzugehen. Zwei Prinzipien werden herausgearbeitet, die das Handeln der G20 bestimmen sollten: Wachstum führt für sich allein genommen zu nichts, wenn es sich nicht positiv auf die Bereiche der Sozial- und Umweltpolitik auswirkt; die Staaten und Internationalen Organisationen müssen Verantwortung übernehmen und die Märkte, denen zu lange jede Freiheit gewährt wurde, regulieren... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Tag des offenen Denkmals



Während der Monate September und Oktober finden in fünfzig Europäischen Ländern mit Unterstützung des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission "Tage des offenen Denkmals" statt. Deutschland, die Niederlande, Estland, Finnland, Schweden, Lettland, Großbritannien und Polen haben ihre Tage des offenen Denkmals zwischen dem 9. und 11. September gefeiert. Belgien, Frankreich, Luxemburg, Rumänien und Litaunien folgen zwischen dem 17. und 19. September. Einige Länder haben sich auf ein gemeinsames Thema festgelegt: zum Beispiel setzen Frankreich, die Ukraine, Zypern und Finnland ihre "Kulturwege" in Szene, um die Öffentlichkeit auf die Berührungspunkte zwischen Kunst, Wissenschaft und Handel aufmerksam zu machen. Die Tage des offenen Denkmals 2011 werden vom 10. bis 12. Oktober mit dem 4. Forum der europäischen Denkmaltage in Breslau (Polen) beendet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ausstellung/Paris



Vom 13. September bis zum 15. Januar widmet das Musée d'Orsay eine Ausstellung der "ästhetischen Bewegung" ("aesthetic movement"), die in England die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts dominierte und die sich dadurch definierte, dass sie der Hässlichkeit und dem Materialismus der damaligen Zeit zu entkommen suchte durch eine neue Idealisierung der Schönheit. Die Ausstellung zeigt verschiedene Werke (aus den Bereichen Photographie, Innenausstattung, Literatur, Mode) von Edward Burne-Jones und William Morris, Dante Gabriel Rossetti, James McNeill Whistler, Aubrey Beardsley und Oscar Wilde, die alle versuchen, ihre Kunst mit der Kunst des Lebens zu verbinden... [Fortsetzung](#)

Ausstellung/Basel



Das Kunstmuseum Basel zeigt bis zum 22. Januar eine Ausstellung von Max Beckmann. Die Ausstellung "Die Landschaften" präsentiert 70 bekannte Meisterwerke, aber auch unbekanntere Gemälde, die aus Privatsammlungen stammen. Beckmann wird gerne als 'alter Meister der Moderne' betrachtet und zeigt in seinen Landschaftsgemälden sein gesamtes künstlerisches Können. Die Ausstellung vermittelt einen kompletten Überblick über die Entwicklung des deutschen Künstlers, der in die USA emigrierte... [Fortsetzung](#)

Biennale/Lyon



Die 11. Biennale von Lyon ist von der argentinischen Kuratorin Victoria Nothroom konzipiert worden, die sich von der Zeile eines Gedichts des irischen Autors W.B. Yeats inspirieren ließ "Eine schreckliche Schönheit ist geboren" ("A terrible beauty is born"). Diese Biennale bringt vom 15. September bis zum 31. Dezember 78 Künstler aus der ganzen Welt zusammen (von John Cage bis Ulla von Brandenburg, von Marlène Dumas bis Cildo Meireles), die ihre Werke auf 13000 m² präsentieren, die über 4 "Resonanzräume" verteilt sind... [Fortsetzung](#)

Agenda :



12. September
Ratssitzungen "Allgemeine Angelegenheiten" und "Auswärtige Angelegenheiten"



12.-15. September
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)



15. September
Parlamentswahlen in Dänemark
EU-Südafrika-Gipfel



16.-17. September
Informelle Ratssitzung "Wirtschaft Finanzen"



17. September
Parlamentswahlen in Lettland



19.-20. September
Ratssitzung "Landwirtschaft und Fischerei"



21. September
Konferenz "Frauen Europas & Bürgerinneninitiative" im Europaparlament in Brüssel

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Desmarest, Camille Lépinay, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Venise Ollivier

Chefredakteur : Pauline Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}